

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02

stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 19. September 2013, 17:00 Uhr, Rathaus

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter
Martin Allemann (bis Geschäft Nr. 54), Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter (bis Geschäft Nr. 54), Verena Schneider, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Dominique Kröppli

Entschuldigt

Stadtratsmitglieder Claude Schlapbach, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Andrea de Meuron, Daniel Schenk

Schluss der Sitzung

19:30 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell begrüsst er Michael Dähler (SVP) als neues Stadratsmitglied. Er wünscht ihm für seine Arbeit im Rat viel Erfolg und Befriedigung.

Der Stadtratspräsident gratuliert Stadtrat Claude Schlapbach und seiner Frau zur Hochzeit, wünscht ihnen viel Glück und bedankt sich für das Geschenk für alle Ratsmitglieder.

51. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. August 2013.

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt

52. Stadträtliche Kommission

Ersatzwahl SAKO Sicherheit und Soziales anstelle von Ursula Stöckli (SP)

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, schlägt Sabine Kaufmann (SP) als Kommissionsmitglied vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss:

In die Sachkommission Sicherheit und Soziales wird als Mitglied anstelle von Ursula Stöckli (SP) per sofort gewählt: Sabine Kaufmann (SP).

53. Rechtsetzung; Teilrevision von Stadtverfassung und Finanzreglement

Teilrevision betr. Änderung der Zuständigkeit für die Legislaturziele, Aufhebung des sog. Verbindlichen Vorentscheides, Veränderung der Kommissionssitze bei Veränderung der Fraktionen sowie Anpassungen des gemeindeinternen Beschwerdeverfahrens an das Verwaltungsrechtspflegegesetz

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass mit der Vorlage eine Anpassung der Stadtverfassung an die Praxis und Realität beabsichtigt wird. Der Unterhalt der Stadtverfassung ist aus Sicht des Gemeinderates notwendig.

Martin Allemann, **SAKO P+F**, informiert, dass der Artikel 28 Abs. 2 (betreffend verbindlicher Vorentscheid) und der Artikel 36 (betreffend Erlass der Legislaturziele) Anlass zu Diskussionen gaben. Bemängelt wird, dass bei einer Aufhebung des Artikels 28 Abs. 2, die Ideen dem Volk nicht mehr unterbreitet und somit keine Richtungsentscheide mehr bewirkt werden können. Durch diesen Artikel besteht aber die Möglichkeit, einen Grundsatzentscheid zu fällen, ob Vorlagen weiterverfolgt werden oder nicht, bevor hohe Planungskosten entstehen. Durch die Anpassung des Artikels 36 werden Kompetenzen vom Stadtrat zum Gemeinderat verschoben. Die SAKO P+F ist der Meinung, dass die Legislaturziele zu den Kompetenzen der Exekutive gehören und nicht in den Aufgabebereich des Stadtrates.

Die SAKO P+F macht folgende Abstimmungsempfehlungen: Gemeindebeschluss Nr. 1 (verbindlicher Vorentscheid): Annahme mit 5 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung, Gemeindebeschluss Nr. 2 (Erlass der Legislaturziele): Annahme mit 6 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, übrige Revisionspunkte: einstimmige Annahme.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, äussert seine Zustimmung zur Teilrevision der Stadtverfassung und des Finanzreglements. Es ist wichtig, dass die Bürger zu den einzelnen Revisionspunkten Stellung nehmen können.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist mit vier der fünf Anträge einverstanden. Die Teilrevision zur Aufhebung des verbindlichen Vorentscheides lehnt er ab. Bei Projekten mit einem langen Planungshorizont

können damit die Weichen rechtzeitig gestellt werden. Der verbindliche Vorentscheid ist sinnvoll für grosse Projekte. Mit einer Abschaffung wird das Recht des Stadtrates wie auch des Volkes, bereits in frühen Planungsphasen Entscheidungen zu treffen, genommen. Eine Aufhebung eines Verfassungsartikels braucht eine qualifizierte Begründung, die hier nicht gegeben ist. Dass dieser Artikel bisher nie angewendet worden ist ist kein ausreichender Grund für dessen Abschaffung. Aus Sicht der Fraktion fehlen die Argumente zur Aufhebung des verbindlichen Vorentscheids; sie lehnt diesen Antrag deshalb ab.

Susanne Ernst, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Das Volk sollte die Möglichkeit haben über die Teilrevisionen der Stadtverfassung zu entscheiden. Es stellt sich jedoch die Frage der Notwendigkeit. Die Fraktion genehmigt die Teilrevision in allen Punkten.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, ist mit den vorgeschlagenen Teilrevisionen einverstanden. Zwei Elemente lösten Diskussionen in der Fraktion aus. Es stellte sich die Frage, ob mit den Änderungen Rechte beschnitten werden. Art. 28 Abs. 2 [verbindlicher Vorentscheid] macht wenig Sinn und es kann kein Mehrwert daraus gewonnen werden. Die Fraktion stimmt der Aufhebung des verbindlichen Vorentscheids zu. Im Punkt zwei, Erlass der Legislaturziele, wird eine Stellungnahme des Gemeinderates gefordert. Die Fraktion geht davon aus, dass bei der Erarbeitung von Legislaturzielen im Rahmen von Projekten der Stadtrat innerhalb seiner Kompetenzen mitwirken und seine Meinung dazu äussern kann. Zur Regelung des gemeindeinternen Beschwerdeverfahrens, äussert er Bedenken, dass Entscheidungen in den Direktionen alleine getroffen werden. Wichtig ist, dass sachübergreifende Themen verantwortungsvoll im Gemeinderat diskutiert werden. Er bedankt sich für die Erarbeitung der vorgelegten Teilrevision.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, hat das Gefühl, dass der Stadtrat mit dieser Vorlage das Recht beschneidet. Er äussert sich zum Punkt 2, Erlass der Legislaturziele. Das wichtigste Instrument der Legislative sind die Vorstösse, die dem Gemeinderat die allgemeine Stimmung im Stadtrat aufzeigen kann. Durch die Revision, kann der Stadtrat die Legislaturziele nur noch zur Kenntnis nehmen. Betreffend den verbindlichen Vorentscheid folgt die SVP-Fraktion Stadtrat Hiltbold; den weiteren Punkten stimmt sie mehrheitlich zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, stimmt im Namen der Fraktion in allen Punkten der vorgeschlagenen Teilrevision, ausser im Punkt eins betreffend Aufhebung des verbindlichen Vorentscheides, zu.

Der Stadtpräsident, weist darauf hin, dass nichts passiert, wenn eine Regelung, die 30 Jahre lang nicht angewendet wurde, wie der verbindliche Vorentscheid, abgeschafft wird. Bei langandauernden Projekten sind Planungen zum Zeitpunkt eines verbindlichen Vorentscheids meistens zu unkonkret, so dass ein verbindlicher Vorentscheid in dieser Planungsphase problematisch sein kann. Eine Abschaffung des verbindlichen Vorentscheides ist jedoch nicht zwingend notwendig.

Stadtratsbeschlüsse:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Abs. 2 und 38 lit. a) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. August 2013, beschliesst:

Die Teilrevision der Stadtverfassung betreffend Aufhebung des verbindlichen Vorentscheids wird mit 14 zu 21 Stimmen abgelehnt.

Die Teilrevision der Stadtverfassung betreffend Zuständigkeit zum Erlass der Legislaturziele wird mit 34 zu 1 Stimmen genehmigt.

Die Teilrevision der Stadtverfassung betreffend Verteilung der Kommissionssitze bei Veränderung der Fraktionen wird mit 35 zu 0 Stimmen genehmigt.

Die Teilrevision der Stadtverfassung betreffend Präzisierung des Rechnungsprüfungsorgans wird mit 35 zu 0 Stimmen genehmigt.

Die Teilrevision der Stadtverfassung betreffend gemeindeinternen Beschwerdeverfahrens wird 35 zu 0 Stimmen genehmigt.

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtverfassung sowie nach Kenntnisnahme von der Botschaft des Stadtrates vom 19. September 2013, beschliessen:

1. Die Teilrevision der Stadtverfassung betr. Zuständigkeit zum Erlass der Legislaturziele wird genehmigt.
 2. Die Teilrevision der Stadtverfassung betr. Verteilung der Kommissionssitze bei Veränderung der Fraktionen wird genehmigt.
 3. Die Teilrevision der Stadtverfassung betr. Präzisierung des Rechnungsprüfungsorgans wird genehmigt.
 4. Die Teilrevision der Stadtverfassung betr. gemeindeinternen Beschwerdeverfahrens wird genehmigt.
 5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.
2. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss angepasstem Entwurf mit 35 zu 0 Stimmen genehmigt.
3. Die Teilrevision des Finanzreglements wird mit 35 zu 0 Stimmen genehmigt.
4. Ziffer 3 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
5. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Er bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

54. Bodenpolitik: Erwerb der Schadaugärtnerei

Genehmigung der beiden Kaufverträge vom 2. Juli 2013 mit dem Kanton Bern bzw. mit der Espace Real Estate AG zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 24. November 2013

Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2013

Stadtpräsident Raphael Lanz weist auf die grosse Relevanz des Geschäftes für die Stadt Thun und seine lange Vorgeschichte hin. Im Namen des Gemeinderats empfiehlt er, den Kaufverträgen mit dem Kanton Bern bzw. mit der Espace Real Estate AG zuzustimmen. Er macht auf drei wichtige Gründe für einen Erwerb der Schadaugärtnerei aufmerksam. Es handelt sich um ein wertvolles Stück Land, es bietet eine wichtige finanzielle Anlage für die Stadt Thun und es spielt somit für die langfristige Stadtplanung eine wichtige Rolle. Durch die Genehmigung der beiden Kaufverträge erfolgt eine obligatorische Volksabstimmung, womit sich der Bevölkerung die Gelegenheit bietet, sich zu der Überbauung der Schadaugärtnerei zu äussern. Des Weiteren ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Überbauung der Anlage langfristig gesehen nicht sinnvoll ist. Zurzeit ist noch unklar, was bei einem Kauf mit der Anlage passieren wird. Durch ein geeignetes Verfahren werden Planungsmöglichkeiten gesucht mit dem Ziel, die Anlage in einem grösseren Kontext zu planen.

Martin Allemann, **SAKO P+F**, hat alle notwendigen Informationen zur Vorlage erhalten. Trotzdem bleiben verschiedene offene Fragen. Unklar ist, was das Endprodukt sein wird und was bei einem Kauf mit der Anlage geschehen wird. In der Kommission haben drei dem Antrag zugestimmt, zwei abgelehnt bei zwei Enthaltungen.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, erläutert das Geschäft und macht auf die notwendige Rechtssicherheit, die auch für die Planer gelten, aufmerksam. Er weist auf eine inhaltliche und taktische Ebene der Diskussion hin. Die Fraktion der Grünen hat das Postulat für innere Verdichtung eingebracht und kann aus diesem Grund zu diesem Verdichtungsprojekt nicht Nein sagen. Wohnungen in guter Lage ermöglichen für die Stadt Thun notwendigen Wohnraum für Familien. Der einzige Punkt, der für eine Zustimmung spricht, ist der Mut, ein gutes Stück Land für die Stadt zu erwerben. Aus Sicht der Fraktion hat es der Gemeinderat nicht geschafft, für einen Kauf der Schadaugärtnerei zu überzeugen. Zu viele Aspekte, wie die spätere

Nutzung der Anlage, bleiben unklar. Auf einer taktischen Ebene ermöglicht eine Zustimmung des Stadtrates zu den Kaufverträgen eine Volksabstimmung.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, setzt sich für den Erwerb und das Land der Schadaugärtnerei ein. Es handelt sich um einen sensiblen und emotionalen Ort und bietet für die Stadt Thun einzigartige Nutzungsmöglichkeiten. Der Fraktion ist es wichtig, dass nicht der Stadtrat diese Entscheidung trifft, sondern dass er der Bevölkerung eine Richtung aufzeigt. Wichtig ist eine ganzheitliche Planung der Anlage, die eine öffentliche Nutzung wie auch neue Bauten ermöglicht.

Konrad Hädener (CVP): Nur aus Rücksicht auf das Ortsbild, das heute auf Grund der Schadaustrasse nicht mehr wahrgenommen werden kann, beabsichtigt der Gemeinderat für eine hohe Summe Bauland zu kaufen. Oppositionen gegen das Projekt von Espace Real Estate AG sind Realität und müssen ernst genommen werden. Trotzdem ist der Erwerb der Anlage ohne konkrete Visionen für eine grossräumige Entwicklung des Gebietes wankelmütig. Es braucht klare Vorstellungen, damit aus parlamentarischer Sicht über ein Budget von 10 Millionen Franken entschieden werden kann. Er sieht keinen Grund für einen Notstopp und einen Volksentscheid und lehnt deshalb den Antrag ab.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, sagt Nein zum geplanten Projekt mit gehobenem Wohnungsbau, auch wenn damit auf zusätzliche Steuereinnahmen verzichtet wird. Er dankt dem Gemeinderat für die Verhandlungen mit dem Kanton Bern und mit der Espace Real Estate AG und ist überzeugt, dass der Kaufpreis angemessen ist. Es ist eine langfristige Investition in die Zukunft der Stadt Thun. Für gehobenen Wohnungsbau an zentraler Lage gibt es weitere Standorte. Das Areal der Schadaugärtnerei ist ein heikler Standort, was die Reaktionen auf das Bauprojekt der Espace Real Estate AG bestätigen. Die SVP-Fraktion erachtet das Projekt ebenfalls zu massiv für diesen Standort und zweifelt, ob das Projekt sinnvoll ist. Die Mehrheit der Fraktion stimmt der Vorlage zu. Die Stimmbürger brauchen die Möglichkeit mitzubesimmen, wie es mit dem Standort weitergeht. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass weitere Nutzungsmöglichkeiten für dieses Areal möglich sind. Eine öffentliche Nutzung steht im Vordergrund, jedoch nicht zwingend für das gesamte Grundstück. Verkehrs- und raumplanerische Massnahmen sind durchaus möglich, wobei diese Entscheidungen zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden können.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, hält dafür, dass dieser Entscheid nicht alleine durch den Stadtrat, sondern durch das Volk getroffen werden soll. Der Kaufpreis wird als angemessen erachtet. Der Erwerb der Anlage bietet die Chance für eine langfristige Planung und eine Möglichkeit für Generationen, das Land mit zu planen und zu gestalten. Dem Antrag wird zugestimmt.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, stellt bei dieser Vorlage einen fragwürdigen Strategiewechsel in der Politik fest. Er äussert Bedenken, ein Bauprojekt, von vorsichtig geschätzt, 25-30 Millionen Franken zu sistieren, welches potentiellen Zuwachs an Wohnraum und weitere Steuereinnahmen von 2-3 Millionen Franken ermöglicht hätte. Für eine Investition von 10 Millionen Franken fehlen konkrete Planungsideen für das Areal, was wenig mit einer ökonomischen Städteplanung zu tun hat. Das Geschäft wird einstimmig abgelehnt.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, findet, dass der Kauf der Schadaugärtnerei sinnvoll ist und stimmt der Vorlage zu. Die Bevölkerung in Thun braucht die Möglichkeit, über diese Vorlage abzustimmen. Er äussert sich zu drei wichtigen Diskussionspunkten der Vorlage. Der Erwerb der Schadaugärtnerei ist ein Notstop. Es sollte eine Denkpause und Neuorientierung geben, losgelöst von der Vergangenheit. Des Weiteren genügt es, dass verschiedene, kreative Lösungsmöglichkeiten, Ideen und Vorschläge für das Areal vorhanden sind. Möglich sind Teilloptionen, wie auch Teilverkäufe. Der Kaufpreis ist hoch, aber vernünftig und mit dem Kauf gehen Steuereinnahmen verloren. Nach dem Kauf sollten die Parzellen nicht brach liegen. Er weist darauf hin, dass in Thun bereits viel Wohnraum, auch im gehobenen Wohnungsbau, entstanden ist. Die Fraktion stimmt dem Kauf der Schadaugärtnerei zu, sagt Ja zu den Kaufverträgen und ist bereit, in einer Kommission mitzuarbeiten.

Lukas Lanzrein (SVP) äussert seine Meinung zur Vorlage, die nicht der Fraktionsmehrheit entspricht. Er findet, dass die Bevölkerung über dieses Geschäft entscheiden sollte und ist sich sicher, dass eine Mehrheit im Stadtrat zu Stande kommt. Er äussert Verständnis zu den Befürchtungen der Anwohner.

Fraglich ist für ihn der abrupte Meinungswechsel des Gemeinderates. Die Verlässlichkeit kann darunter leiden. Er äussert Bedenken beim Kaufpreis. Der Investor verkauft sein Projekt nicht ohne Grund so günstig der Stadt Thun. Die Leidtragenden sind schlussendlich die Steuerzahlenden. Es ist nicht nachhaltig, mehr auszugeben als einzunehmen. Der Stadtrat ist wohl nicht bereit, im Gegenzug auf ein Projekt in gleicher Grössenordnung zu verzichten, da man ja nun für den Erwerb des Schadauareals unvorhergesehen viel Geld ausgeben will. Er fordert mehr Informationen zur zukünftigen Nutzung des Areals und erhofft sich bei einem Erwerb der Schadaugärtnerei eine rasche Nutzungsplanung des Areals und dessen Umsetzung. Er wird den Antrag ablehnen.

Thomas Hiltbold (Fraktion Grüne) findet es ungewohnt, eine Liegenschaft zu kaufen, ohne zu wissen was damit passieren wird. Die Unklarheit ist begründet, muss man diese Situation ertragen können. Er weist darauf hin, dass der Investor den Kaufvertrag bereits unterzeichnet hat. In kurzer Zeit ist eine Lösung gefunden worden, die für alle drei Parteien stimmt. Er findet, dass eine Notbremse gezogen werden darf und nicht zwingend so weitergefahren werden muss wie die letzten Jahre. Die Stadt Thun hat die Initiative ergriffen und der Investor ist mitgezogen. Es kann nicht erwartet werden, dass der Stadtrat in Kürze bereits eine Planung für dieses Areal hat. Die Stadt hat bereits verdichtet gebaut und es sind nicht mehr viele Grünanlagen vorhanden. Bei einer verdichteten Stadtplanung braucht es auch grüne Freiflächen, wie der Schadaupark. Es ist wichtig ein angenehmes Wohnklima und öffentliche Plätze zu ermöglichen. Das geplante Projekt ist zu wichtig, ein neues Konzept mit einer geringeren Ausnützungsziffer ist durchaus denkbar. Er stimmt dem Antrag zu.

Der Stadtpräsident ist froh um alle ausgetauschten Argumente. Er weist darauf hin, dass die Innere Verdichtung zeitgemässe Raumplanung ist. Dabei ist nicht gemeint, alle Grünflächen zu überbauen, sondern Grünflächen explizit zu planen. Die Überbauung der Schadaugärtnerei ist zurzeit noch unklar. Der Gemeinderat gibt aber maximale Klarheit über das Projekt. Es ist unseriös während laufenden Verhandlungen ein Projekt zu lancieren und im Stadtrat zu präsentieren. Nur eine langfristige Planung unter Einbezug des Stadtrates ist sinnvoll. Er weist darauf hin, dass die Verhandlungen nicht einfach zwischen drei verschiedenen Parteien mit unterschiedlichen Ansichten geführt wurden. Die Stadt Thun hatte nicht die Position, in der sie abwarten konnte. Trotzdem sind die Verhandlungen in einer konstruktiven Atmosphäre geführt worden und es ist eine gute Lösung für beide Parteien gefunden worden. Der Kaufpreis für die Anlage ist angemessen. Er bestätigt, dass der Gemeinderat die Meinung geändert hat. Der Prozess war nicht einfach, viele Argumente wurden diskutiert, die Entscheidung ist aber richtig. Es stellt sich die Frage, welches Projekt langfristig für die nächsten Generationen nachhaltig ist. Aus diesem Grund ist dieses Bauprojekt zu verhindern und der Vorlage zuzustimmen.

Der Rat genehmigt mit 27 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 StV und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 8. August 2013, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe e) der Stadtverfassung sowie nach Kenntnisnahme von der Botschaft des Stadtrates vom 19. September 2013 beschliessen:

1. Erwerb der Liegenschaft Thun 2 (Strättligen) / 1103, Schadaugärtnerei, zum Preis von 9'430'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 503/2110.112.0 (Bestandesrechnungskonto Nr. 1023.30.01), als Anlage des Finanzvermögens.

2. Genehmigung der beiden Kaufverträge vom 2. Juli 2013 mit dem Kanton Bern bzw. mit der Espace Real Estate AG über den Erwerb der Schadaugärtnerei.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Abstimmungsbotschaft

Die Änderungsanträge liegen dem Rat schriftlich vor.

Der Stadtpräsident äussert sich zu allen Anträgen. Die Vorlage ist eine Empfehlung des Gemeinderates, welche auch Werturteile enthält. Schlussendlich ist es eine Abstimmungsbotschaft des Stadtrates an das Stimmvolk; aus diesem Grund überlässt der Gemeinderat die weitere Diskussion dem Stadtrat.

Antrag 1 der SVP-Fraktion zur Streichung des Satzes „Mittelfristig sollten auch Erträge erwirtschaftet werden können“ wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 der Fraktion der Mitte (FdM) zur Neuformulierung „Die Schadau ist bei der Bevölkerung ausserordentlich beliebt“ wird mit 18 zu 17 Stimmen angenommen.

Antrag 3 der FdM zur Streichung der Aussage „Der Standort der Schadaugärtnerei hingegen ist mit seinen vielfältigen Möglichkeiten für öffentliche Nutzungen einzigartig“ wird mit 16 zu 19 Stimmen abgelehnt.

Antrag 4 der FdM zur Neuformulierung bei „Teil einer sich entwickelnden Kultur- und Bildungsmeile...“ wird mit 14 zu 21 Stimmen abgelehnt.

Antrag 5 der FdM zur Neuformulierung bei „Chance für Deblockierung und Neuanfang nutzen....“ wird mit 12 zu 23 Stimmen abgelehnt.

Antrag 6 der FdM zur Neuformulierung bei „Angemessener und guter Kaufpreis....“ wird mit 14 zu 21 Stimmen abgelehnt.

Antrag 7 der FdM zur Neuformulierung bei „Einsprachen wegen Gefährdung durch verändertes Grundwasser und Hochwasser“ wird mit 11 zu 24 Stimmen abgelehnt.

Antrag 8 der FdM zur Neuformulierung betreffend die 5000 Unterschriften wird gemäss Gegenantrag des Gemeinderates einstimmig wie folgt geändert: „Dafür sind über 5'000 Unterschriften gesammelt worden (Herkunft der Unterschriften gemäss Angaben der Petitionäre: Stadt Thun 45.40%; Region Thun und Kanton Bern: 42.92%; übrige Schweiz: 10.00%; Ausland: 1.68%).“

Antrag 9 der FdM zur Neuformulierung betreffend Postulat „Kauf der Liegenschaft Schadaugärtnerei“ wird einstimmig wie folgt angenommen: „Am 23. August 2012 überwies der Stadtrat mit 35 zu 3 Stimmen ein Postulat und damit einen Prüfungsauftrag, in dem der Gemeinderat aufgefordert wurde, möglichst rasch mit dem Eigentümer und/oder den Investoren der geplanten Überbauung Verhandlungen über einen möglichen Kauf der Schadaugärtnerei aufzunehmen. Sollte ein vernünftiger Kaufpreis ausgehandelt werden können, sei das Bauland ins Portefeuille der Stadt zu überführen.“

Antrag 10 der FdM zur Neuformulierung betreffend Beurteilung des Kaufpreises wird mit 17 zu 18 Stimmen abgelehnt.

Antrag 11 der FdM zur Neuformulierung betreffend Beurteilung des Gesamtkaufpreises wird mit 13 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 12 der FdM zur Streichung der Aussage betreffend frühere Kaufversuche der Stadt wird mit 11 zu 24 Stimmen abgelehnt.

Antrag 13 der FdM zur Neuformulierung betreffend „letzte Gelegenheit...“ wird mit 13 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 14 der FdM gemäss Antrag Gemeinderat wie folgt neu formuliert: „Die Stimmberechtigten der Stadt Thun können in der Volksabstimmung vom 24. November 2013 entscheiden, ob sie das Überbauungsvorhaben stoppen wollen“.

Schlussabstimmung

Der Rat genehmigt mit 33 zu 2 Stimmen die so geänderte Abstimmungsbotschaft.

Der Rat genehmigt den Sitzungskalender Stadtrat 2014 einstimmig.

56. Postulat P 6/2012 betreffend Einführung "Netter Toiletten" in Thun

BDP-Fraktion, Fraktion Grüne, FdM und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2013; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. P 6/2012

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, bedankt sich und ist über die Absicht des Gemeinderates und freut sich auf eine möglichst rasche Umsetzung. Die Umsetzung erfordert viel Arbeit und die Medien wie beispielsweise das Thuner Tagblatt könnten bei der Kommunikation Unterstützung leisten. Er ist überzeugt, dass die Umsetzung gelingen wird.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, hält das Anliegen für dringlich. Er bezweifelt aber, dass es zu den öffentlichen Aufgaben gehört und mit Steuergeldern finanziert werden muss. Vielmehr ist der Tourismus- und Wirtverband in dieser Aufgabe gefragt. Das Postulat wird abgelehnt.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass dies nur eine Teillösung des Problems ist. An Feiertagen haben viele Gastgewerbe geschlossen, zudem sind diese Toiletten oft schlecht zugänglich für körperlich behinderte Menschen. Die öffentlichen Toiletten am Bahnhof Thun haben von 22 bis 6 Uhr geschlossen. Die Beschriftung der Toiletten sollte verbessert werden. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Für Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, ist es für die Tourismusregion Thun eine gute Ergänzung zu den öffentlichen Toiletten. Vergleichbare Projekte sind beispielsweise in süddeutschen Tourismusregionen erfolgreich lanciert worden. Gekennzeichnet werden die Toiletten mit einem Label. Zudem sind Gebühren erforderlich. Im Internet könnten Standort und eine Beschreibung der Toilette, wie beispielsweise Rollstuhltauglichkeit abgefragt werden. Ausserhalb der Kernzone, in den Wohnquartieren, Parkanlagen und Spielplätzen ist das Projekt schwer umsetzbar. Er bemerkt, dass es ein Zusatzangebot ist, jedoch kein Ersatz von öffentlichen Anlagen. Die SP Fraktion verzichtet auf einen Antrag.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 30 zu 3 Stimmen an und schreibt es mit 33 zu 0 Stimmen ab.

57. Postulat P 7/2013 betreffend Versand Pro Juventute Elternbriefe

Läng Nora (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2013; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. P 7/2013

Nora Läng (SP), freut sich über die nochmalige Prüfung der Finanzierung der Elternbriefe von Pro Juventute. Sie erläutert die positiven Aspekte des Postulats und hofft, dass die langwierige Geschichte der Elternbriefe in Thun bald ein positives Ende findet und alle Ersteller in Thun die Pro Juventute Elternbriefe wieder gratis zugesandt erhalten. Sie empfiehlt damit den Antrag anzunehmen.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, erachtet die fachlich gut geschriebenen Briefe als hilfreiche Unterstützung für Familien. Er hat Verständnis, dass der Stadtrat Kosten, die der Kanton den Gemeinden delegiert hat, nicht tragen will. Es handelt sich jedoch um eine nachhaltige Investition. Die Fraktion unterstützt das Postulat.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass die Briefe kurz und gut verständlich geschrieben sind und gute Tipps für Familien enthalten. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Finanzierung nicht in der städtischen Verantwortung liegt. Der Betrag der Briefe überstrapaziert kein Familienbudget. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Christine Buchs-Enggist, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Diskussion. Sie kann gut nachvollziehen, dass die sehr guten Briefe von Eltern erwünscht sind. Sie erachtet es aber nicht in erster Linie als Aufgabe der Stadt, die Finanzierung zu übernehmen. Projuventute könnte die Briefe im Internet zur Verfügung stellen und so könnten diese auch von einem breiteren Publikum genutzt werden. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, kennt die Elternbriefe und findet die Tipps für Kindererziehung sehr gut und hilfreich. Ein Problem liegt darin, dass die Briefe nicht gelesen abgegeben werden können. Die Abgabe der Briefe in Papierform wird einer elektronischen Variante vorgezogen. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Gemeinderat Peter Siegenthaler weist darauf hin, dass bei einer Annahme des Postulats dieses vom Gemeinderat geprüft, jedoch noch nicht zwingend umgesetzt wird.

Stadtratsbeschluss

Der Rat stimmt dem Postulat mit 20 zu 13 Stimmen zu und schreibt es gleichzeitig ab.

58. Interpellation betreffend Reorganisation der Gymnasien Thun; Dringlichkeit

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Die Interpellation trifft eine von vielen Massnahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung des Kantons welche vom Grossen Rat in der Novembersession behandelt wird.

Der **Gemeinderat** stimmt der Dringlichkeit zu.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident bedankt sich im Namen des Stadtrates bei Jonas Baumann und seiner Familie für die Geburtsanzeige. Er gratuliert zur Tochter und wünscht der Familie alles Gute.

Der Stadtratspräsident verabschiedet Ursula Stöckli (SP). Sie hat während vier Jahren im Stadtrat und als Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit mitgewirkt. Themen wie Familie und Kinder waren für sie immer auch ein wichtiges Anliegen. Im Namen des Stadtrates dankt er für die geleistete Arbeit und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft.

Eingänge

- Interpellation betreffend Reorganisation der Gymnasien Thun; Fraktionen SP und Grüne, vom 19. September 2013 (Dringlichkeit angenommen)
- Interpellation betreffend Sozialhilfe für Stellensuchende aus der EU; Konrad Hädener (CVP) vom 19. September 2013
- Postulat betreffend Angebot und Nachfrage Kitaplätze in Thun; Sandra Rupp (SP) und Mitunterzeichnende vom 19. September 2013
- Postulat betreffend Errichtung eines regionalen Babyfensters am Spital Thun; BDP-Fraktion vom 19. September 2013

Verschiebungen

- Postulat P 5/2013 betreffend Förderbeiträge für die Neuinstallation von LED Lampen; BDP-Fraktion und Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2013 (verschoben auf die Sitzung vom 24. Oktober 2013)
- Interpellation I 5/2013 betreffend Chancen der Geothermie im Raum Thun; Kübli Andreas (glp) vom 7. Mai 2013 (verschoben auf die Sitzung vom 24. Oktober 2013)

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger